

„Europa einen – nicht spalten“

Bildung überwindet Grenzen

Positionspapier

der 2. Ordentlichen Konferenz des Funktionsforum Bildung und Zukunftsfragen des ÖGB OÖ

21. Juni 2013

Unsere Geschichte

Seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten thematisiert der ÖGB Oberösterreich – initiiert und konsequent verfolgt durch seine Bildungsarbeit – die sich immer mehr verbreitende Ideologie des Neoliberalismus, seine Geschichte, Hintergründe, aber auch seine desaströsen Auswirkungen auf Wirtschaft, Soziales, Gesellschaft und Demokratie. Von manchen zu Beginn angefeindet, belächelt, können wir heute mit traurigem Stolz sagen, dass wir mit unseren Analysen und Forderungen immer richtig gelegen sind und uns die bisherige Geschichte recht gegeben hat. Wir versuchten von Beginn an, die falschen Prämissen dieser Ideologie zu entlarven, Alternativen vorzubringen, wir initiierten Gegenmaßnahmen und beteiligten uns an Alternativen und Protestmaßnahmen.

1996 lancierten wir die Kampagne „Kapitalismus pur, uns reicht's“, wir gründeten den Verein „weltumspannend arbeiten“, um die verstärkte neoliberale Globalisierung durch eine „Globalisierung von unten“ zu thematisieren. Im Herbst 1997 organisierten wir die Tage gegen Neoliberalismus, unser Motto bei den Landes- und Bildungskonferenzen lautete „Märkte brauchen Regeln“. Ab dem Jahr 2000 waren wir bei den ersten Weltsozialforen in Porto Alegre dabei.

Unsere bei der Bildungskonferenz 1997 beschlossenen Forderungen, deren Inhalte auch in die Beschlüsse des darauffolgenden ÖGB-Bundeskongresses Eingang gefunden haben, könnten hier und heute ohne Änderungen wieder beschlossen werden.

Wir haben die sich dramatisch zuspitzende Lage erkannt, unsere Forderungen wurden mit den Jahren heftiger, unsere Apelle eindringlicher. „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“, hieß das Motto 2005. 2009 drehten wir die Stoßrichtung um und begannen, die nun immer eindeutiger bedrohte Demokratie mit dem Slogan „Wirtschaft braucht Demokratie“ zum Thema zu machen.

Wenn wir heuer „Europa einen, nicht spalten“ zu unserer Konferenzforderung gewählt haben, so tun wir das mit der Besorgnis über die Spaltung Europas.

Diese Politik spaltet Europa

Die derzeitige Politik bzw. die praktizierte Wirtschafts- und Finanzpolitik fördert das weitere Auseinanderdriften der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Sie spaltet Europa. Die jüngste Spaltung in Nord und Süd (= „Krisen“- oder „Problem-“, oder gar „PIGS“-Staaten) ist nur der letzte und dramatisch sichtbarste Teil dieser Entwicklung. Sie verschleiert die Tatsache, dass das erste Krisenland der EU Irland war und dass dort mit der Bankenrettung durch den Steuerzahler die Nagelprobe für Griechenland und die übrigen sogenannten Krisenstaaten passiert ist.

In Wahrheit aber begann die Spaltung bereits mit dem Beginn der Erweiterungsrunde, bzw. mit der nach dem Fall der Mauer 1989 verfolgten Politik. Diese hatte wegen einer falschen deregulatorischen Wirtschaftspolitik letztlich nicht einen Ausgleich, eine wirtschafts- und sozialpolitische Angleichung und Anhebung der neu in die Europäische Gemeinschaft andockenden Staaten zur Folge, sondern verschärfte die Kluft zwischen Ost und West. Tatsächlich wirkten zwei einander entgegengesetzte Kräfte: Einerseits war es intendierte offizielle Politik und Doktrin der Europäischen Gemeinschaft, diese neuen Staaten auf das Niveau der bisherigen Mitglieder zu bringen, dazu standen die bisher bewährten Fördermittel aus dem Kohäsionsfonds u. a. zur Verfügung. Andererseits war aber die zweite offizielle Doktrin - die immer mehr radikal marktwirtschaftlich sich orientierende

Wirtschaftspolitik - dafür verantwortlich, dass diese Staaten nie die Entwicklung nehmen konnten, die notwendig gewesen wären, um eine Anhebung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Standards zu erreichen. Es galten die Gesetze des Vertrages von Maastricht mit der immer mehr zu Tage tretenden Ideologie einer mehr und mehr neoliberalen und monetaristischen Marktwirtschaft, und es wurde einer Wirtschaftsphilosophie das Wort geredet, die in ihren Auswirkungen für die neuen mittelosteuropäischen Staaten mehr neokolonialistischen Methoden ähnelten denn jenen Maßnahmen zur keynesianisch geprägten Zeit des Marshallplans.

Schon bei den im Zuge der großen Erweiterungsrunde durchgeführten Volksabstimmungen hatte die Politik übersehen, dass in vielen der neuen Beitrittsländern (wie zum Beispiel in Ungarn) ein Gros der Marginalisierten und Verarmten nicht an den Abstimmungen teilgenommen hatte oder sich klar gegen einen Beitritt zur EU ausgesprochen hatte. Was sich in diesen Tagen schon abzeichnete, ist heute brutale statistische Realität: die Mindestlöhne sinken in vielen Ländern Europas, und die Medianeinkommen sind katastrophal. So liegt heute das jährliche Medianeinkommen in den neuen Beitrittsländern bei 3300 Euro, in wichtigen Ländern wie Rumänien, Bulgarien, den Baltischen Staaten gar nur zwischen 1400 bis 2200 Euro, was nichts anderes heißt als dass die Hälfte der dort lebenden Menschen mit einem monatlichen Betrag von 120 bis 200 Euro auskommen muss. Die Europäische Union leistet sich mit den südlichen Krisenländern, den mittel-osteuropäischen und den Baltischen Staaten so etwas wie Sonderwirtschaftszonen. „Wenn man in Rumänien um 400 Euro im Monat arbeiten kann, wieso dann nicht auch in Portugal oder Spanien.“ Diesen Satz soll ein deutscher Konzernchef gesagt haben. Ob es stimmt oder nicht, die Lohnpolitik Europas geht genau in diese Richtung. Heute schon sind die Industrie-, Facharbeiter- und Ingenieurslöhne in den boomenden Wirtschaftszentren Chinas und Indiens in der Regel um einiges höher als vergleichbare Löhne in der Hälfte der EU-Staaten.

Das Problem heißt Deutschland

Ein Hauptproblem für die bestehenden Ungleichgewichte in Europa ist die von der deutschen Regierung und Finanz vorgegebene Politik. Gnadenlos konkurrenziert die deutsche Industrie durch seine im eigenen Lande betriebene Sozial- und Lohndumpingpolitik die anderen Staaten der Gemeinschaft nieder. Die Politik der Troika hat sich ganz auf diese Politik eingeschworen und unterstützt diese. So können andere Staaten nur mehr mit der „inneren Abwertung“ reagieren, was heißt, dass sie ihre Löhne und Sozialleistungen noch mehr schmälern müssen. Zwar gibt der IWF als Teil der Troika seine Fehler der rigorosen Sparpolitik zu, wird dafür jedoch von den Europäern gescholten, man gibt ihm zu verstehen, dass er sich daher aus der Europäischen Politik zurückziehen solle. Die offizielle Politik Europas unter der Führung Deutschlands soll sogar noch tiefer diesen Weg des Sozialstaatsabbaus gehen: im Namen der Wettbewerbsfähigkeit sollen künftig die Lohn- und Sozialpolitik noch mehr in den Dienst des internationalen Wettbewerbs und des Finanzkapitals gestellt werden. Letztlich sollen die Kollektivvertragspolitik der Gewerkschaften und Sozialpartner aufgegeben und Fragen wie die Pensionen in Brüssel (bzw. an den Börsen) entschieden werden. Auch hier gibt Deutschland die Benchmarks vor: auf Grund der radikalen Sozialdumpingpolitik betragen die sogenannten „Lohnnebenkosten“ in Deutschland nur mehr die Hälfte jener Frankreichs bzw. drei Viertel von jenen in Österreich. Die Verschärfung der Bedingungen zum Pensionszugang und der Zwang zur Teilprivatisierung hat zur Folge, dass im Jahr 2009 die durchschnittliche Altersrente bei Männern bei 979 Euro, bei Frauen bei 543 Euro lag, und ab 2030 ArbeitnehmerInnen, die 35 Jahre in Vollzeit zu einem Bruttolohn von 2.500 Euro gearbeitet haben, eine Rente in Höhe von 688 Euro beziehen werden. Mit einer derartigen Politik lässt sich leicht Exportweltmeister werden. Sieger auf Kosten der anderen in der Gemeinschaft.

Die europäische Demokratie und gesamte Kultur der sozialen (Arbeits-)Beziehungen stehen auf dem Spiel

Wir sind nun an einem Punkt angelangt, an dem immer deutlicher sichtbar wird, dass die Doktrin von der radikalen Marktwirtschaft eine zutiefst antidemokratische Ideologie ist. Die radikale Privatisierung aller öffentlichen Bereiche führt uns in jenes autoritäre Europa, welches gerade vor unseren Augen entsteht. Wenn es im Geburtsland der europäischen Demokratie möglich ist, ohne große Vorwarnung innerhalb von Stunden dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk den Stecker auszuziehen und 4000 JournalistInnen und Beschäftigte innerhalb eines Tages auf die Straße zu setzen, dann bedeutet dies nicht nur das Ende der formalen Demokratie, das ist das Ende jeglicher Kultur der Arbeitsbeziehungen, des sozialen und kulturellen Zusammenlebens. Es drängt sich der Gedanke auf, ob der Unterschied zur offenen Diktatur nur mehr dadurch gegeben ist, dass in diesen die betroffenen Personen auch gleich eingesperrt oder liquidiert werden.

Ohne Demokratie geht die Wirtschaft zugrunde. Demokratie ist in Europa jedoch nur mehr Makulatur. Makulatur für eine von den Eliten durchgezogene beinharte Sozialabbaupolitik, die die Plünderung des Sozialstaates mit einer Schamlosigkeit vorantreibt, die es zu früheren Tagen nur in Kriegs- und Diktaturzeiten gegeben hat. Doch je tiefer Europa sinkt, desto mehr häufen sich die Stimmen, die die Demokratie als ungeeignete Regierungsform betrachten, aus der Krise herauszukommen. Die Think Tanks der Marktfundamentalisten setzen sich immer mehr mit ihrer Auffassung durch, dass vom Volk gewählte Regierungen ungeeignet wären, da sie ja nur Klientelpolitik betreiben würden und daher nie die richtigen Maßnahmen setzen würden, die die Krise erfordere. Solche Thesen werden nicht nur in Vulgärform von unserem Stratosphärenspringer vertreten, für den eine „gemäßigte Diktatur“ das richtige wäre, sie werden mittlerweile als zentrale Thesen an den Universitäten weltweit gelehrt, - so auch prominent vertreten durch einen Dekan an der Linzer Johannes Kepler Universität, und sie werden zunehmend auch in den Medien prominent dargestellt und verbreitet.

Nach deren Ansicht ist Demokratie etwas für Schönwetterzeiten. In Krisenzeiten müsse man schneller und effizienter entscheiden, da könne man nicht auf die Rücksicht nehmen, was die Leute denken und wollen. Hier gelte es, die Märkte zu beruhigen. Das verstünden die einfachen Leute nicht. Außerdem wählten die sowieso nur nach dem, was ihnen Nutzen bringe. Solche Politik und solche Politiker gehörten daher durch die Finanzmärkte zu Recht abgestraft. „Der Kapitalmarkt baut den Druck auf, den die Wähler offensichtlich nicht in der Lage sind auszuüben. Somit nehmen der Finanzmarkt und mit ihm die ‚bösen‘ Spekulanten die Rolle einer wichtigen demokratischen, disziplinierenden Kraft ein und füllen das durch die Wähler hinterlassene Vakuum. Die Preissignale des Marktes sind es, die derzeit das politische Treiben diktiert...Dabei ist die freie ‚Meinungsäußerung‘ der Märkte ein schützenswertes Gut in einer liberalen Wirtschaftsordnung.“¹

Europa hat seine Geschichte vergessen. Im kommenden Jahr jährt sich zum hundertsten Male der Beginn des ersten großen Schlachtens – der 1. Weltkrieg. Sein Ende war der Beginn der demokratischen Republiken. Für ein paar Jahre flackerte auf, was eine Demokratie, die auf das Wohl der Menschen schaut, zu leisten im Stande wäre. Praktisch die gesamte österreichische Sozialgesetzgebung einschließlich der Schaffung eines Betriebsrätegesetzes und der Einrichtung der Arbeiterkammern gehen auf eine Periode von drei Jahren nach Kriegsende zurück. Aber sie legten den Grundstein für die soziale und demokratische Entwicklung, die erst nach dem zweiten großen Schlachten in Europa zur Blüte kam. Und es war auch hier die Demokratie, die die Wirtschaft in den Dienst der Menschen zwang. Diese Beweise für die Richtigkeit wirtschaftsdemokratischer Regulierung werden vom aktuellen Mainstream ignoriert. Es ist derzeit nicht sicher, ob die Menschen Europas auf Grund der Mächtigkeit der die Wirtschaft beherrschenden antidemokratischen Kräfte nicht ein drittes Mal geopfert werden.

Damit sind wir bei der Zukunftsfrage: wie soll es weitergehen?

Was Europa eint oder: einen könnte

¹ Cocca, Teodoro D., Demokratie in der Krise?, in: Finanz und Wirtschaft, 8. Okt. 2011

Was Europa wieder einen würde, braucht man eigentlich genau so wenig darzustellen wie das, was Europa trennt. Man müsste sich nur für jene Ökonomen öffnen, die die neoliberale Doktrin kritisieren, sie weisen ebenso lange hin auf die Auswege.

Die von der Kommission erneut empfohlenen Strukturreformen am Arbeitsmarkt oder bei Pensionen lösen keine der Ursachen der Eurokrise. Sie bedeuten den „fortwährenden Triumph der gescheiterten Ideen.“ Entscheidend ist vorrangig auch nicht, ob mehr oder weniger Zeit zum "Sparen" gegeben werden soll, sondern es geht um eine richtige Analyse der Probleme.

Das Wettbewerbsdogma ist ökonomisch unsinnig und eine der Hauptursachen der Eurokrise. Sinken - wie von der Kommission empfohlen - die Löhne EU-weit, wird die europäische Binnennachfrage zerstört. Die anhaltende Rezession ist der beste Beweis dafür. Das jahrelange Lohndumping der „Exportweltmeister“ wie Deutschland oder Österreich führt zu enormen wirtschaftlichen Ungleichgewichten. In einem Wirtschaftsraum mit gemeinsamer Währung müssen Exportüberschüsse - mangels Rückzahlungsmöglichkeiten der Handelspartner - eines Tages notgedrungen als Schuldenerlass verschenkt werden. Was vom Wettbewerbsdogma übrig bleibt sind Armut, Massenarbeitslosigkeit, ein riesiger Niedriglohnsektor und steigende Schulden. So wird das europäische Projekt zerstört.

Um die Krise zu überwinden, sind nicht Lohn- und Steuerdumping notwendig, sondern das genaue Gegenteil: Eine koordinierte Lohnpolitik mit kräftigen Lohnsteigerungen in Deutschland, eine koordinierte Besteuerung von Vermögen, Gewinnen und Kapitalerträgen sowie eine Schrumpfung und Regulierung des Finanzsektors.

Marshallplan für Europa

Dabei wäre die jüngere Geschichte Deutschlands und Österreichs auch der Schlüssel zum Ausweg. Es ist völlig in Vergessenheit geraten, bzw. wird bewusst verschwiegen, was 1953 geschah. Die Londoner Konferenz zum deutschen Schuldenabbau bedeutete das Gegenteil zum Versailler Vertrag und machte jene Politik erst möglich, was später als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wurde. Nur fiel dieses Wunder nicht vom Himmel, sondern war klug geplante Wirtschaftslogik, gepaart mit einer großzügigen Geopolitik: obwohl im höchsten Maße an der Menschheit schuldig geworden, bekamen die ÖsterreicherInnen und Deutschen Milliarden an Hilfgelder zu günstigsten Konditionen und sogar geschenkt. Der Ausweg kann daher nur darin bestehen, diese Politik jetzt wieder für Europa anzuwenden. Schlagwortartig könnten hier angeführt werden:

- Eine sofortige Einführung einer Finanztransaktionssteuer für alle spekulativen Geschäfte in allen EU-Ländern
- Eine kräftige Erhöhung bzw. Verdoppelung des EU-Budgets anstatt seine Reduzierung
- die rascheste Einführung der Eurobonds,
- eine Schuldenstreckung für die sogenannten Krisenstaaten auf Jahrzehnte, so wie damals für Deutschland und Österreich
- den sofortigen Stopp der Zwangsprivatisierungen und damit des Ausverkaufs Europas an die privatwirtschaftlichen multinationalen Konzerne.

Politikänderung ist eine Machtfrage

Es geht also nicht darum, dass die Wege aus der Krise fehlen würden. Das Problem ist, dass die Lobby und die Macht fehlen, sie einzuführen und umzusetzen. Eine Änderung der Politik in Europa, eine Politik, die wieder die Menschen und das soziale Zusammenleben zum Ziel hat, ist eine Machtfrage. Und diese wird derzeit ständig zu Ungunsten der Menschen bzw. zu Gunsten des Kapitals entschieden. Die jüngste Studie von Attac beweist es deutlich: von den bisherigen 208 Mrd. Euro an „Hilfsgeldern“ für Griechenland ist nicht einmal jeder vierte Euro im griechischen Haushalt

angekommen. Drei Viertel alle Hilfgelder gingen umgehend retour an die ausländischen Banken, Hedgefonds und Versicherungen. Und sämtliche Kosten werden dagegen von öffentlichen Geldern getragen².

Was kann Bildungsarbeit?

Angesichts der oben beschriebenen Tatsache, dass der Widerstand gegen die neoliberale Politik nun schon Jahrzehnte andauert, muss man sich natürlich fragen, wozu diese Bildungsarbeit gut ist?

Die Frage muss man natürlich erweitern: welchen Sinn hat überhaupt dem sozialen Zusammenleben, dem Sozialstaat verpflichtete politische Bildung, Kampagnenarbeit, Gewerkschaftsarbeit?

Was schlug sich davon in der Realpolitik nieder?

Ist die offensichtliche Wirkungslosigkeit ein Ergebnis unserer Schwäche? Oder das Aufzeigen der Stärke des politischen Gegners?

Die Beantwortung der Frage geht eindeutig aus: die geballte Macht der Elite, der Finanz, der Mainstreammedien, der Universitäten und der etablierten Regierungen ist nicht nur sehr groß, sie wurde in den letzten Jahren – gerade auch nach der Krise – immer noch mächtiger. Bildungsarbeit im herkömmlichen Sinn beunruhigt diese Eliten mittlerweile nicht (mehr).

Hier endet also die Macht der Bildung. Zumindest Bildung verstanden im bürgerlichen Sinne. Bildung wird erst im Vollsinn Bildung, wenn sie zur Aktion führt. Bildung durch Aktion lautet die alte Weisheit der großen politischen Volkserzieher. Was uns hier und heute also interessieren muss ist die Frage: wie kommen wir zur Aktion?

Beziehungsweise, wem überlassen wir das Feld der Aktion? Den Rechten in der Gesellschaft, die sich anbieten für jenen Teil der arbeitenden bzw. jetzt von Arbeitslosigkeit oder unter immer demütigeren Bedingungen arbeitenden Menschen?

Bildungsarbeit hat keinen Sinn, wenn sie nicht Teil der Politik einer Organisation ist. Dann löst die Politik nicht ein, was die Bildung aufbereitet. Und dies ist es, was wir auf weiten Strecken heute erleben.

Daher breitet sich ein großes Unbehagen aus. Wenn auf die Analyse, auf die Konzepte und Erkenntnisse keine Taten und Aktionen folgen, dann macht „Wissen nur einen schweren Kopf“, und die Konzepte taugen nichts, und diejenigen, die sie vertreten, werden unglaubwürdig und vom Gegner lächerlich gemacht. Das ist es, was wir heutzutage weithin erleben. Bildungsarbeit allein ohne Veränderungsstrategie wird nicht ernst genommen.

Die Frage, ob Bildung Grenzen überwindet, stellt sich also in erster Linie an die Bildung selber: kann die Bildung die Grenze überwinden, dass sie zur Aktion befähigt? Dann wird Bildung allerdings gefährlich.

Im Moment stellt sich das Problem beispielhaft so: wir helfen den Opfern, aber wie greifen wir die Täter an? Solange wir jetzt Spendenaktionen für EU-Länder wie Griechenland durchführen, werden wir nicht bekämpft. Weil wir uns den Opfern zuwenden. Spenden ist sogar sehr angesehen in einer Gesellschaft der medienwirksamen Charity-Aktionen. Die Eliten wissen, mit unserer verbalen Analyse und Politikforderungen sind wir ihnen nicht gefährlich. Es ist gut, dass es Gutmenschen gibt.

Allerdings - wenn das auf diese Weise ignoriert wird, steigen Frustration und Wut. Oder, wie es der Doyen der deutschen politischen Erwachsenenbildung Oskar Negt nennt: der Angststrohstoff wächst.

Unsere Zukunft liegt in der Hand der Mächtigen Europas. Die Frage lautet, ob wir als GewerkschafterInnen diese unsere Zukunft in deren Hand lassen. Denn sie spielen mit dem Feuer. Was hindert uns zum Beispiel daran, als Warnzeichen einmal – vielleicht justament an einem 1. Mai - für fünf Minuten alle öffentlichen Verkehrsmittel in Europa zum Stillstand zu bringen, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen?

Solche oder ähnliche Aktionen würde uns unserer Forderung „Europa einen, nicht spalten“ wahrscheinlich einen wesentlichen Schritt näher bringen.

² Vgl. Profil Nr. 25, 17. Juni 2013